

**Beschluss RSO 601 des Präsidiums
der Frankfurt University of Applied Sciences
am 03.04.2017**

RSO 601

**Genehmigung der Satzung und Promotionsordnung des Promotionszentrum
„Angewandte Informatik“**

Das Präsidium der Frankfurt University of Applied Sciences genehmigt die Satzung sowie die Promotionsordnung des hochschulübergreifenden Promotionszentrums „Angewandte Informatik“ der hessischen Hochschulen für Angewandte Wissenschaften Hochschule Darmstadt, Frankfurt University of Applied Sciences, Hochschule Fulda und Hochschule RheinMain und stimmt der Gründung des Promotionszentrums zu.

**Promotionsordnung des hochschulübergreifenden
Promotionszentrums Angewandte Informatik der hessischen
Hochschulen für Angewandte Wissenschaften Hochschule
Darmstadt, Frankfurt University of Applied Sciences, Hochschule
Fulda und Hochschule RheinMain**

gültig ab 3. Mai 2017

in der Fassung vom 17. Januar 2018

**Promotionsordnung des hochschulübergreifenden
Promotionszentrums Angewandte Informatik der hessischen
Hochschulen für Angewandte Wissenschaften Hochschule
Darmstadt, Frankfurt University of Applied Sciences, Hochschule
Fulda und Hochschule RheinMain**

Die Senate der beteiligten Hochschulen haben gemäß § 36 Absatz 2 Nummer 2 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) in der Fassung vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz am 30. November 2015 (GVBl. I S. 510), in ihren jeweiligen Sitzung dieser Satzung zugestimmt, die gemäß § 37 Absatz 5 HHG vom Präsidium der jeweiligen Hochschule beschlossen wurde:

- an der Hochschule Darmstadt in der Senatssitzung vom 24. Januar 2017 beschlossen und vom Präsidium am 28. März 2017 genehmigt;
- an der Frankfurt University of Applied Sciences in der Senatssitzung vom 22. Februar 2017 beschlossen und vom Präsidium am 3. April 2017 genehmigt;
- an der Hochschule Fulda in der Senatssitzung vom 8. Februar 2017 beschlossen und vom Präsidium am 9. Februar 2017 genehmigt;
- an der Hochschule RheinMain in der Senatssitzung vom 7. Februar 2017 beschlossen und vom Präsidium am 14. Februar 2017 genehmigt.

Inhalt

§ 1	Allgemeine Regelungen.....	3
§ 2	Promotion	3
§ 3	Zuständigkeiten und Organisation.....	3
§ 4	Promotionsausschuss.....	3
§ 5	Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand	4
§ 6	Dissertation.....	7
§ 7	Bestellung der Betreuerinnen bzw. Betreuer	7
§ 8	Betreuung der Dissertation	8
§ 9	Promotionsbegleitstudien.....	8
§ 10	Änderungen, Beendigung des Promotionsverhältnisses.....	8
§ 11	Zulassung und Einleitung des Promotionsverfahrens.....	9
§ 12	Bestellung der Gutachterinnen bzw. Gutachter	10
§ 13	Begutachtung.....	11
§ 14	Entscheidung über die Annahme der Dissertation.....	12
§ 15	Prüfungskommission.....	13
§ 16	Disputation.....	13
§ 17	Gesamturteil	14
§ 18	Wiederholung des Promotionsversuches	15
§ 19	Prüfungsakten	15
§ 20	Veröffentlichung der Dissertation	15
§ 21	Vollzug der Promotion und Verleihung des Doktorgrades	17
§ 22	Versagung und Entziehung des Doktorgrades	17
§ 23	Fortführungsregelung	18
§ 24	Widerspruchsverfahren.....	18
§ 25	Inkrafttreten	18

§ 1 Allgemeine Regelungen

Das gemeinsame Promotionszentrum Angewandte Informatik ist eine hochschulübergreifende wissenschaftliche Einrichtung der Hochschule Darmstadt, Frankfurt University of Applied Sciences, Hochschule Fulda und Hochschule RheinMain gemäß § 47 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG). Das Promotionszentrum dient als Vernetzungsplattform zur Bündelung von Forschungsstärke im Rahmen der Erlangung des eigenen Promotionsrechts der jeweiligen Partnerhochschulen für diese Fachrichtung und ermöglicht hochschulübergreifende Zusammenarbeit, sodass Promovierenden in dieser Fachrichtung ein geeignetes wissenschaftliches Umfeld geboten wird. Hierfür arbeiten die Mitglieder des Promotionszentrums gemäß dieser Promotionsordnung zusammen.

§ 2 Promotion

- (1) Die Partnerhochschulen verleihen jeweils nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Promotionsordnung den akademischen Grad Doktorin der Naturwissenschaften (Dr.ⁱⁿ rer.nat) bzw. Doktor der Naturwissenschaften (Dr. rer.nat.) nach einem ordnungsgemäßen Durchlaufen des Promotionsverfahrens.
- (2) Durch die Promotion wird eine besondere wissenschaftliche Qualifikation nachgewiesen. Voraussetzung zur Promotion ist in der Regel ein abgeschlossenes Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von mindestens acht Semestern, ein Master-Abschluss oder ein abgeschlossenes Hochschulstudium in Verbindung mit einer Eignungsfeststellung gem. § 5 Abs. 4, 5.
- (3) Die Promotionsleistungen bestehen in einer wissenschaftlichen Abhandlung (Dissertation) und der mündlichen Prüfung in Form einer Disputation und weisen die Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit nach.

§ 3 Zuständigkeiten und Organisation

- (1) Die Beteiligten im Promotionsverfahren sind im gemeinsamen Promotionszentrum vertreten. Dies sind der Promotionsausschuss gem. § 4, die Prüfungskommission gem. § 15, die Betreuerinnen bzw. Betreuer gem. § 7, die Gutachterinnen bzw. Gutachter gem. § 12 und die Partnerhochschulen gem. § 19, § 20, § 21.
- (2) Für jedes Promotionsverfahren wird eine eigene Prüfungskommission eingesetzt.
- (3) Entscheidungen im Promotionsverfahren treffen der zuständige Promotionsausschuss und die Prüfungskommission.
- (4) Fachlich verantwortlich für das Thema eines Promotionsverfahrens sind die als Betreuerinnen bzw. Betreuer zugelassenen Professorinnen bzw. Professoren gem. § 7.

§ 4 Promotionsausschuss

- (1) Dem Promotionsausschuss steht ein Mitglied der Zentrumsleitung des Promotionszentrums als Vorsitzende bzw. Vorsitzender vor, das von den Mitgliedern der Zentrumsleitung gewählt wird.
- (2) Dem Promotionsausschuss gehören weiterhin jeweils eine Vertreterin bzw. Vertreter jeder Partnerhochschule der dem Promotionszentrum angehörigen Professorengruppe sowie zwei Vertreterinnen bzw. Vertreter der dem Promotionszentrum angehörigen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter und der

Doktorandinnen bzw. Doktoranden an, wobei mindestens einer dieser beiden eine Doktorandin bzw. ein Doktorand sein soll. Bei Entscheidungen, die ausschließlich einzelne Prüfungsleistungen betreffen, haben Mitglieder, die keine Promotion besitzen, nur eine beratende Stimme.

- (3) Die Mitglieder der Professorengruppe des Promotionsausschusses werden von den professoralen Mitgliedern des Promotionszentrums aus ihren Reihen für die Dauer von drei Jahren gewählt. Die Vertreterinnen bzw. Vertreter der Doktorandinnen bzw. Doktoranden werden jeweils aus ihren Reihen für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Für jedes Mitglied wird eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter gewählt, die bzw. der das jeweilige Mitglied bei Abwesenheit vertritt. Um Kontinuität zu gewährleisten, sollen überschneidende Amtszeiten vorgesehen werden. Wiederwahl ist möglich.
- (4) Zusätzlich ist eine Professorin bzw. ein Professor einer Universität vom Promotionsausschuss als stimmberechtigtes Mitglied zu benennen und in den Promotionsausschuss aufzunehmen.
- (5) Der Promotionsausschuss entscheidet in allen formalen Verfahrensangelegenheiten; insbesondere entscheidet er
 - a) über die Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand gem. § 5;
 - b) über die Zulassung zum Promotionsverfahren gem. § 11;
 - c) über die Annahme der Dissertation gem. § 14;
 - d) über die Einsetzung der Prüfungskommission gem. § 15;
 - e) über die Bestellung der bzw. des Prüfungskommissionsvorsitzenden sowie der Betreuerinnen bzw. Betreuer gem. § 7 und der Gutachterinnen bzw. Gutachter gem. § 12;
 - f) über die Erfüllung der Auflagen zur Veröffentlichung gem. § 20 Abs. (1).
- (6) Der Promotionsausschuss kann ergänzende fachliche Bestimmungen bezüglich des für die Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand erforderlichen Abschlusses und Zulassungsvoraussetzungen sowie zusätzlich erforderliche Leistungsnachweise oder Eignungsfeststellungsverfahren festlegen.
- (7) Der Promotionsausschuss entscheidet in nichtöffentlicher Beratung und offener Abstimmung ohne Stimmenthaltung mit Mehrheit. Der Promotionsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Stellvertretungen kommen nur zum Zuge, wenn die jeweiligen Mitglieder verhindert sind. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag. Im Einvernehmen aller Ausschussmitglieder kann im Umlaufverfahren entschieden werden. Bei Entscheidungen, die ausschließlich einzelne Prüfungsleistungen betreffen, haben Mitglieder, die keine Promotion besitzen, nur eine beratende Stimme.

§ 5 Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand

- (1) Das Gesuch um Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand ist an die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des Promotionsausschusses zu richten. Dem Annahmegesuch sind beizufügen:
 - a) beglaubigte Abschrift des Zeugnisses über das erfolgreich abgeschlossene Hochschulstudium; entsprechende ausländische Zeugnisse sind in amtlich beglaubigter Übersetzung in deutscher Sprache vorzulegen,
 - b) eine Übersicht des Lebens- und Bildungsgangs;

- c) eine Kopie des Personalausweises oder Reisepasses;
- d) falls vom Promotionsausschuss für eine Entscheidung zusätzlich angefordert, ggf. ein aktuelles Führungszeugnis mit dem Verwendungszweck Promotion;
- e) ein ausführliches, schriftliches Exposé für das eigenständig zu bearbeitende Promotionsvorhaben. Das Exposé soll sich zusammensetzen aus dem Themenvorschlag, dem Stand der Forschung, den Zielen und dem Beitrag der Arbeit zusammen mit der Beschreibung der Vorgehensweise und der vorgesehenen Methoden sowie einer Ressourcenplanung und mit der Erklärung, in welcher Sprache die Dissertation verfasst werden soll;
- f) falls vom Promotionsausschuss für eine Entscheidung zusätzlich angefordert, ggf. externes Gutachten zum Exposé;
- g) die schriftliche Zusage der Erst- und ggf. Zweitbetreuung in Form der Betreuungsvereinbarung, in der auch die Einhaltung guter wissenschaftlicher Praxis zugesichert wird, mit der Zustimmung sowohl der Betreuerinnen bzw. Betreuer als auch der Partnerhochschule zur Ressourcenplanung;
- h) Erklärung, ob und mit welchem Ergebnis an einer anderen Hochschule die Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand beantragt wurde, oder ein andernorts mit negativem Ergebnis durchlaufenes Eignungsfeststellungsverfahren oder Promotionsverfahren an einer anderen Hochschule endgültig nicht bestanden wurde;
- i) bei ausländischen Bewerberinnen bzw. Bewerbern der Nachweis hinreichender Sprachkenntnisse für die deutsche Sprache, insbesondere durch die an einer deutschen Hochschule abgelegten Sprachprüfung für den Hochschulzugang (DSH) mit mindestens der Stufe 3 oder alternativ für die englische Sprache eine Sprachprüfung vergleichbar mit TOEFL mit mindestens 80 Punkten IBT.

Nach Prüfung und Feststellung der Vollständigkeit und Korrektheit wird das Gesuch an den Promotionsausschuss weitergegeben.

- (2) Bedingung für die Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand ist:
- a) ein fachlich einschlägiger Masterabschluss nach einem Studium mit insgesamt 300 Leistungspunkten gemäß ECTS und einem Gesamtergebnis des Masterstudiums mit mindestens der Note 2,0 oder einem ECTS-Rang der Note B;
 - b) oder ein nach den Bestimmungen der Kultusministerkonferenz als gleichwertig geltender fachlich einschlägiger Hochschulabschluss nach § 2 Abs. (2), Satz 2. Wird ein Hochschulabschluss als nicht gleichwertig eingestuft nach den Bestimmungen der Kultusministerkonferenz, so können vom Promotionsausschuss Auflagen für die Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand erteilt werden wie beispielsweise vom Promotionsausschuss für erforderlich gehaltene zusätzliche Leistungsnachweise oder ein Eignungsfeststellungsverfahren;
 - c) oder ein Abschluss eines mit der Qualifikation nach a) vergleichbaren Studiums im Ausland, der auch im Land des Hochschulabschlusses zur Promotion berechtigt und als gleichwertig eingestuft wird. Wird ein ausländischer Studienabschluss als nicht gleichwertig eingestuft, so können vom Promotionsausschuss Auflagen für die Annahme als Doktorandin bzw.

Doktorand erteilt werden wie beispielsweise für erforderlich gehaltene zusätzliche Leistungsnachweise oder ein Eignungsfeststellungsverfahren.

Die Lissabon-Konvention ist hierbei zu berücksichtigen.

- (3) Der Promotionsausschuss entscheidet über die Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand. Die Annahme kann nur unter Angabe von Gründen verweigert werden. Der Antrag ist insbesondere abzulehnen, wenn:
- a) eine ausreichende fachliche Betreuung der Dissertation oder die Zurverfügungstellung der erforderlichen Ressourcen nicht gesichert ist;
 - b) oder das Promotionszentrum für die Fachrichtung des vorgeschlagenen Themas der Promotion nicht über ein das Promotionsrecht verfügt;
 - c) Tatsachen vorliegen, die nach Landesrecht eine Entziehung des Doktorgrads rechtfertigen würden.

Ein Anspruch auf Durchführung eines Eignungsfeststellungsverfahrens und auf Annahme besteht nicht. Liegen keine ergänzenden fachlichen Bestimmungen vor, muss das der Zulassung zugrunde liegende Hochschulstudium mindestens mit der Note 2,0 oder einer gleichwertigen Note abgeschlossen sein. Der Promotionsausschuss kann in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Die Entscheidung des Promotionsausschusses wird der Bewerberin bzw. dem Bewerber in einem Bescheid mitgeteilt.

- (4) Entspricht das Fachgebiet des Dissertationsthemas nicht dem abgeschlossenen Hochschulstudium, kann eine Zusatzprüfung abgelegt werden. Inhalte und Umfang der Zusatzprüfung legt der Promotionsausschuss im Einzelfall fest (Eignungsfeststellungsverfahren) gem. § 5 Abs. (5). Von dem Erfordernis der Zusatzprüfung kann abgesehen werden, wenn der nachgewiesene Studienabschluss in Verbindung mit zusätzlich erworbenen einschlägigen wissenschaftlichen Kenntnissen und Fähigkeiten als hinreichende fachliche Qualifikation für das geplante Promotionsvorhaben angesehen werden kann. Die Entscheidung trifft der Promotionsausschuss.
- (5) Eignungsfeststellungsverfahren können entweder in den ergänzenden fachlichen Bestimmungen gem. § 4 (6) bezüglich Umfang und Art der Leistungserbringung sowie Dauer und Ablauf des Verfahrens geregelt sein oder werden individuell vom Promotionsausschuss festgelegt zur Feststellung der Eignung der Bewerberin bzw. des Bewerbers zur selbständigen wissenschaftlichen Arbeit für eine Promotion. Die Dauer des Eignungsfeststellungsverfahrens beträgt maximal zwei Semester und endet mit der Beurteilung „geeignet“ bzw. „nicht geeignet“ durch den Promotionsausschuss.
- (6) Der Promotionsausschuss kann die Annahme mit Auflagen und einer Frist zu ihrer Erfüllung verbinden, die vor Einleitung des Promotionsverfahrens (Einreichung der Dissertation) liegen muss. Die Auflagen sollen die Befähigung zur wissenschaftlichen Arbeit sicherstellen. Sie können sich insbesondere auf Nachweise der erfolgreichen Teilnahme an Lehrveranstaltungen und das Ablegen einzelner Prüfungen erstrecken.
- (7) Stimmt der Promotionsausschuss dem Annahmeantrag zu, ist die Betreuung, Begutachtung und spätere Durchführung des Verfahrens gemäß dieser Promotionsordnung gewährleistet.
- (8) Angenommene Doktorandinnen bzw. Doktoranden sollten sich ab dem Zeitpunkt der Annahme bis zur Beendigung oder bis zum Abschluss des Verfahrens als Doktorandinnen bzw. Doktoranden gem. den geltenden rechtlichen Bestimmungen

an der Partnerhochschulen immatrikulieren, der sie gemäß der Satzung des Promotionszentrums zugehörig sind. Die Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand endet bei Beendigung oder Abschluss des Verfahrens.

§ 6 Dissertation

- (1) Die Dissertation muss als selbstständige, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Leistung einen Beitrag zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Erkenntnis liefern. Sie ist in deutscher Sprache oder mit vorheriger Zustimmung des Promotionsausschusses in einer Fremdsprache einzureichen. Im Falle einer fremdsprachlichen Dissertation ist eine Zusammenfassung in deutscher Sprache beizufügen, die von der Erstbetreuerin bzw. dem Erstbetreuer zu genehmigen ist.
- (2) Die Dissertation ist von der Doktorandin bzw. dem Doktoranden mit einem Verzeichnis aller benutzten Quellen und einer Erklärung zu versehen, dass sie bzw. er die Arbeit - abgesehen von den in ihr ausdrücklich genannten Hilfen - selbstständig verfasst hat.
- (3) Arbeiten, die bereits Prüfungszwecken gedient haben, werden als Dissertation nicht zugelassen. Ergebnisse solcher Prüfungsarbeiten können jedoch für die Dissertation verwendet werden, wobei die betreffenden Arbeiten im Quellenverzeichnis anzugeben sind.
- (4) Teile der Dissertation dürfen vorab veröffentlicht sein.
- (5) In der Dissertation müssen die maßgeblichen Forschungsdaten experimenteller und statistischer Natur, die zum wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn geführt haben, enthalten sein. Sie sollen als Anhang beigefügt werden. Für diesen kann im Bedarfsfall ein Sperrvermerk beim Promotionsausschuss beantragt werden.

§ 7 Bestellung der Betreuerinnen bzw. Betreuer

- (1) Dissertationen werden unter der Betreuung durch mindestens ein professorales Mitglied des Promotionszentrums angefertigt. Die Erstbetreuerin bzw. der Erstbetreuer muss Mitglied im Promotionszentrum sein.
- (2) Im Falle der Erstbetreuung durch ein Mitglied, das nicht einer der beteiligten Partnerhochschulen zugehört, erfordert die Betreuung eine Zweitbetreuerin bzw. einen Zweitbetreuer, die bzw. der einer der Partnerhochschulen zugehörig ist.
- (3) In begründeten Fällen können auch Professorinnen bzw. Professoren, die für die Erbringung der weiteren forschungsbezogenen Zuständigkeiten und Aufgaben beteiligt werden und die Mitglied des Promotionszentrums sind, als weitere Betreuerin bzw. Betreuer bestellt werden, wie beispielsweise Mentoren oder Projektpartner. Weiterhin können in begründeten Fällen auch
 - a) Promovierte Professorinnen bzw. Professoren einer anderen Fachrichtung;
 - b) Professorinnen bzw. Professoren in Nebentätigkeit, Honorarprofessorinnen bzw. -professoren, außerplanmäßige Professorinnen bzw. Professoren oder Gastprofessorinnen bzw. -professoren oder Privatdozenten;
 - c) promovierte Professorinnen bzw. Professoren einer anderen Hochschule oder Universität;
 - d) promovierte Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftler einer außeruniversitären Forschungseinrichtung mit entsprechend nachgewiesener wissenschaftlicher Qualifikation;die nicht Mitglied des Promotionszentrums sein müssen, als Zweitbetreuerin bzw.

Zweitbetreuer bestellt werden.

- (4) Erstbetreuerinnen bzw. Erstbetreuer müssen ihre vorherige Beteiligung als Betreuerin bzw. Betreuer an mindestens einem erfolgreich abgeschlossenen kooperativen oder eigenständigen Promotionsverfahren nachweisen. Im Falle einer Zweitbetreuung durch eine Professorin bzw. einen Professor einer Hochschule für angewandte Wissenschaften muss keine bisherige Betreuungserfahrung nachgewiesen werden.
- (5) Bei der Bestellung soll sichergestellt werden, dass die Betreuerinnen bzw. Betreuer über die notwendigen zeitlichen Möglichkeiten verfügen, um die Dissertation bis zu ihrem voraussichtlichen Abschluss betreuen zu können.
- (6) Scheidet eine Betreuerin bzw. ein Betreuer aus dem Dienst vor Abschluss des Promotionsverfahrens aus, kann die Betreuung fortgeführt werden, wenn die Betreuerin bzw. der Betreuer sich zur Mitwirkung im Promotionsverfahren gegenüber dem Promotionsausschuss schriftlich verpflichtet.
- (7) Der Promotionsausschuss kann in begründeten Fällen von sich aus oder auf begründeten Antrag der Doktorandin bzw. des Doktoranden im Verlauf des Verfahrens Ersatzbetreuerinnen bzw. Ersatzbetreuer bestellen, insbesondere in Fällen, in denen eine Betreuerin bzw. ein Betreuer die Betreuung nicht mehr wahrnehmen kann.

§ 8 Betreuung der Dissertation

- (1) Mit dem Antrag auf Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand muss die Bewerberin bzw. der Bewerber die schriftliche Zusage der Betreuerin bzw. des Betreuers bzw. der Betreuer in Form der Betreuungsvereinbarung einreichen. Das Betreuungsverhältnis beginnt mit der Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand nach § 5 und setzt diese voraus.
- (2) Die Betreuung umfasst regelmäßige wissenschaftliche Beratung, Entgegennahme von Skizzen oder Zwischenberichten und Gespräche zur Fortschrittsberichterstattung der Doktorandin bzw. des Doktoranden und Unterstützung der Doktorandinnen und Doktoranden, welche in der Betreuungsvereinbarung zu regeln sind.

§ 9 Promotionsbegleitstudien

Das Promotionszentrum bietet in Zusammenarbeit mit den Partnerhochschulen promotionsbegleitende Studien und Veranstaltungen an. Die Doktorandinnen und Doktoranden können an den entsprechenden Angeboten jeder Partnerhochschule teilnehmen.

§ 10 Änderungen, Beendigung des Promotionsverhältnisses

- (1) Doktorandinnen bzw. Doktoranden können vor Einreichung der Dissertation schriftlich unter Angabe der Gründe beim Promotionsausschuss einen Wechsel in der Betreuung beantragen. Wird die Betreuung vor Fertigstellung der Dissertation unmöglich, so obliegt es dem Promotionsausschuss im Rahmen des Möglichen für die Übernahme der Betreuung durch eine andere Person gem. § 7 Sorge zu tragen. In Konfliktfällen ist allen Beteiligten vorab Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (2) Bei der Übernahme einer Betreuung durch ein anderes Mitglied der

Professorinnen- bzw. Professorengruppe des Promotionszentrums ist ein erneuter Antrag auf Annahme gem. § 5 dieser Promotionsordnung nicht erforderlich.

- (3) Doktorandinnen bzw. Doktoranden können vor Einreichung der Dissertation schriftlich unter Angabe der Gründe beim Promotionsausschuss eine Unterbrechung oder die Beendigung des Doktorandenverhältnisses beantragen. Dazu ist neben der Begründung ein umfassender Zwischen- bzw. Abschlussbericht einzureichen. Die Promotion gilt dann nicht als gescheitert und ein erneuter Antrag auf Wiederaufnahme bzw. ein Antrag für eine neue Annahme mit einem anderen Forschungsthema ist möglich. Wurde das Verfahren beendet, ist ein erneuter Antrag möglich. Über eine Wiederaufnahme entscheidet der Promotionsausschuss.
- (4) Zwischen der Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand und der Eröffnung des Promotionsverfahrens sollen in der Regel nicht mehr als drei bis fünf Jahre liegen. Nach Ablauf von fünf Jahren kann der Promotionsausschuss die Annahme widerrufen,, sofern der Doktorandin bzw. dem Doktoranden zuvor schriftlich Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde. Im Falle des Widerrufs gilt die Promotion als gescheitert und kann nicht wiederholt werden.
- (5) Ein Widerruf der Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand ist ausgeschlossen, wenn die Verzögerung nicht durch die Doktorandin bzw. den Doktoranden zu vertreten ist. Hierzu zählen insbesondere das Vorliegen von
 - a) Mutterschutz nach §§ 3, 4, 6 MuSchG;
 - b) Elternzeit nach § 15 BEEG;
 - c) einer chronischen Krankheit oder einer Behinderung i. s. d. § 2 Abs. 1 SGB IX;
 - d) einer Erkrankung von betreuungsbedürftigen Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen;
 - e) Zeiten der Erfüllung der Dienstpflicht nach Art. 12 a Abs. 1 oder 2 des Grundgesetzes oder entsprechende freiwillige Dienstleistungen auf Zeit bis zur Dauer von zwei Jahren.

Der entsprechende Nachweis ist dem Promotionsausschuss unverzüglich vorzulegen.

§ 11 Zulassung und Einleitung des Promotionsverfahrens

- (1) Das Promotionsverfahren wird durch ein schriftliches Gesuch der Doktorandin bzw. des Doktoranden eingeleitet, das an den Promotionsausschuss zu richten ist. Das Gesuch soll einen Vermerk der Betreuerinnen bzw. Betreuer enthalten, ob die Annahme der Dissertation befürwortet wird. Dem Promotionsgesuch sind beizufügen:
 - a) eine aktualisierte Übersicht des Lebens- und Bildungsganges;
 - b) ggf. ein Nachweis der Erfüllung der Auflagen;
 - c) die Versicherung der Bewerberin bzw. des Bewerbers, dass kein Fall vorliegt, der auch eine Annahme als Doktorandin bzw. Doktorand gem. § 22 Abs. 1, 2 ausschließt;
 - d) falls vom Promotionsausschuss vor einer Entscheidung zusätzlich angefordert, ggf. ein aktuelles Führungszeugnis mit dem Verwendungszweck Promotion;
 - e) die Dissertation in Schriftform in drei Ausfertigungen und in elektronischer Fassung auf einem dauerhaften Datenträger;

- f) Eine Erklärung darüber, ob die vorgelegte Dissertation bereits in einem anderen Verfahren zur Erlangung des Doktorgrades vorgelegt wurde.
- (2) Der Dissertation ist eine schriftliche Erklärung beizufügen mit der Zusicherung, dass:
 - a) die Dissertation selbständig und ohne unerlaubte fremde Hilfe und nur mit den angegebenen Hilfen angefertigt wurde;
 - b) alle wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten Schriften entnommene Textstellen und alle Angaben, die auf mündlichen Auskünften beruhen, als solche kenntlich gemacht sind;
 - c) die Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis eingehalten sind.
- (3) Die Entscheidung über die Zulassung zum Promotionsverfahren trifft der Promotionsausschuss.
- (4) Die Zulassung ist zu versagen, wenn die nach Abs. 1 und Abs. 2 geforderten Nachweise nicht oder nicht vollständig vorgelegt werden. Sie kann versagt werden, wenn eine Promotion bereits versucht wurde.
- (5) Die Zulassung ist zu versagen, wenn zum Zeitpunkt der Entscheidung
 - a) die Doktoranden bzw. der Doktorand bereits an einer anderen Hochschule mit der Dissertation zum Promotionsverfahren zugelassen wurde oder noch zugelassen ist;
 - b) die Dissertation bereits an einer anderen Hochschule als nicht geeignet bewertet oder die Prüfung nicht bestanden wurde;
 - c) Tatsachen vorliegen, die nach Landesrecht eine Entziehung des Doktorgrades rechtfertigen würden.
- (6) Eine Rücknahme des Promotionsgesuches nach Zulassung zur Promotion ist bei besonderer Begründung durch die Doktorandin bzw. den Doktoranden und Anerkennung dieser Gründe durch den Promotionsausschuss solange zulässig, als nicht durch eine ablehnende Entscheidung über die Dissertation das Promotionsverfahren beendet ist oder die Disputation begonnen hat. In jedem Fall verbleibt ein Exemplar der eingereichten Dissertation bei den Promotionsakten.

§ 12 Bestellung der Gutachterinnen bzw. Gutachter

- (1) Mit der Zulassung nach § 11 bestimmt der Promotionsausschuss mindestens zwei promovierte Gutachterinnen bzw. Gutachter für die Dissertation. Diese müssen aufgrund ihrer wissenschaftlichen Qualifikation in der Lage sein, die Dissertation in ihrer fachlichen Thematik umfassend zu beurteilen.
- (2) Die Gutachterinnen bzw. die Gutachter dürfen nicht die Betreuerinnen bzw. Betreuer der Promotion sein.
- (3) Die Erstgutachterin bzw. der Erstgutachter muss Mitglied im Promotionszentrum sein sowie die Beteiligung als Gutachterin bzw. Gutachter an mindestens einem erfolgreich abgeschlossenen kooperativen oder eigenständigen Promotionsverfahren nachweisen.
- (4) Als Zweitgutachterin bzw. Zweitgutachter soll eine Professorin bzw. ein Professor einer Universität bestellt werden.
- (5) Als weitere Gutachterinnen bzw. Gutachter können:
 - a) Promovierte Professorinnen bzw. Professoren einer anderen Fachrichtung;

- b) entpflichtete und im Ruhestand befindliche promovierte Professorinnen bzw. Professoren, Professorinnen bzw. Professoren in Nebentätigkeit, Honorarprofessorinnen bzw. -professoren, außerplanmäßige Professorinnen bzw. Professoren oder Gastprofessorinnen bzw. -professoren oder Privatdozentinnen bzw. -dozenten;
 - c) promovierte Professorinnen und Professoren einer anderen Hochschule;
 - d) promovierte Wissenschaftlerin bzw. Wissenschaftler einer außeruniversitären Forschungseinrichtung mit entsprechend nachgewiesener wissenschaftlicher Qualifikation;
- bestellt werden.
- (6) Die Doktorandin bzw. der Doktorand kann Gutachterinnen bzw. Gutachter vorschlagen.

§ 13 Begutachtung

- (1) Jede Gutachterin bzw. jeder Gutachter erstellt über die Dissertation ein Gutachten, das der bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses zugeleitet wird. Die Gutachterin bzw. der Gutachter schlägt darin entweder die Annahme oder Ablehnung der Arbeit vor oder ausnahmsweise ihre Rückgabe zur Änderung oder Ergänzung. Zugleich mit dem Vorschlag ihrer Annahme wird die Dissertation mit einer der folgenden Bewertungen versehen:
- summa cum laude - entspricht einer herausragenden, ausgezeichneten Leistung (0),
 - magna cum laude - entspricht einer sehr guten Leistung (1),
 - cum laude - entspricht einer guten Leistung (2),
 - rite - entspricht einer genügenden Leistung (3),
 - non rite - entspricht einer ungenügenden Leistung (4).
- Eine von jeder Gutachterin bzw. jedem Gutachter mit non rite bewertete Dissertation wird nicht zur Annahme vorgeschlagen.
- (2) Für den Fall, dass eine Nachbesserung erforderlich ist, beschließt der Promotionsausschuss die Rückgabe der Dissertation an die Doktorandin bzw. den Doktoranden zur Änderung oder Ergänzung innerhalb einer festgesetzten Frist. Änderungen und/oder Ergänzungen sowie die festgesetzte Frist werden der Doktorandin bzw. dem Doktoranden schriftlich mitgeteilt. Diese soll ein Jahr nicht überschreiten. Aus besonderen Gründen kann die Frist verlängert werden. Reicht die Doktorandin bzw. der Doktorand die Dissertation fristgerecht wieder ein, so wird über sie gemäß den vorstehenden Bestimmungen erneut geurteilt und entschieden; hält sie bzw. er die Frist nicht ein, so gilt die Dissertation als abgelehnt und das Promotionsverfahren als erfolglos abgeschlossen. Eine weitere Nachbesserung ist ausgeschlossen.
- (3) Die Gutachten sind unabhängig voneinander zu verfassen. In jedem Gutachten ist das Bewertungsergebnis nachvollziehbar zu begründen. Falls für die Veröffentlichung der Dissertation Auflagen genannt werden, so müssen diese konkret und nachvollziehbar sein. Auflagen können Korrektur-, Straffungs- oder kleinere Überarbeitungsanweisungen sein.
- (4) Liegt ein Gutachten nicht innerhalb von acht Wochen nach Bestellung der Gutachterinnen und Gutachter vor, soll die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses Klärung herbeiführen. Liegt nach weiteren acht Wochen ein Gutachten nicht vor, kann der Promotionsausschuss eine neue

- Gutachterin bzw. einen neuen Gutachter bestellen.
- (5) Besteht zwischen den Gutachterinnen bzw. Gutachtern Uneinigkeit über die Rückgabe der Dissertation oder weichen die Gutachten um mehr als eine Note voneinander ab, so muss die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses versuchen, eine Klärung und Annäherung herbeizuführen. Gelingt dies nicht, so ist ein weiteres Gutachten einzuholen, vorzugsweise einer Professorin bzw. eines Professors oder einer Privatdozentin bzw. eines Privatdozenten einer anderen Hochschule.
 - (6) Die bzw. der Vorsitzende leitet alle Gutachten den Mitgliedern des Promotionsausschusses sowie der Prüfungskommission zu, legt die Dissertation mit den Gutachten zur Einsicht an den Partnerhochschulen aus und informiert darüber alle professoralen Mitglieder des Promotionszentrums. Die Auslagefrist beträgt zwei Wochen.
 - (7) Nach Einsicht besteht das Recht, innerhalb der Auslagefrist dem Promotionsausschuss schriftlich eine Stellungnahme anzukündigen. Die Stellungnahme ist innerhalb von zwei Wochen dort vorzulegen.
 - (8) Die Doktorandin bzw. der Doktorand und die Betreuerinnen bzw. Betreuer haben das Recht auf Auskunft über die Gutachten durch die Gutachterinnen bzw. Gutachter.
 - (10) Nach Vorliegen aller Gutachten wird eine Gesamtnote der Dissertation ermittelt. Diese berechnet sich aus dem arithmetischen Mittel der vergebenen Einzelnoten. Ergeben sich bei der Durchschnittsberechnung Bruchteile, so wird bei Werten ab 0,6 die schlechtere Note vergeben. Für die Zulassung zur Disputation ist eine Gesamtnote von mindestens 3 erforderlich.

§ 14 Entscheidung über die Annahme der Dissertation

- (1) Nach Ablauf der Auslagefrist gem. § 13 Abs. (6) wird auf der Grundlage der Vorschläge der Gutachterinnen bzw. Gutachter und etwaiger Stellungnahmen gem. § 13 Abs. (7) über die Annahme der Dissertation durch den Promotionsausschuss entschieden. Nach Vorliegen gleichartig zur Annahme empfehlender Gutachten wird eine Gesamtnote der Dissertation ermittelt gem. § 13 Abs. 10. Im Falle entgegengesetzter Vorschläge zur Annahme der Dissertation durch die Gutachterinnen bzw. Gutachter und in anderen Zweifelsfällen können zur endgültigen Entscheidung weitere Gutachterinnen bzw. Gutachter bestellt werden. Die Doktorandin bzw. der Doktorand kann hierzu gehört werden; die Entscheidung trifft der Promotionsausschuss.
- (2) Spätestens bei der Annahme der Dissertation setzt die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses den Termin der Disputation fest. Diese soll spätestens acht Wochen nach Annahme der Dissertation durchgeführt werden.
- (3) Die Dissertation ist abgelehnt, wenn die Mehrheit des Promotionsausschusses oder alle Gutachterinnen bzw. Gutachter diese ablehnen. Die Ablehnung ist der Doktorandin bzw. dem Doktoranden unter Angabe der Gründe schriftlich mitzuteilen. Die Doktorandin bzw. der Doktorand kann eine neue oder eine verbesserte Dissertation gem. § 18 Abs. (1) vorlegen. Eine weitere Wiederholung ist ausgeschlossen.
- (4) Die Dissertation verbleibt zusammen mit den Forschungsdaten, allen Gutachten, Zusatzgutachten und Stellungnahmen bei den Akten des Promotionsausschusses.

§ 15 Prüfungskommission

- (1) Spätestens bei Vorliegen der Gutachten richtet der Promotionsausschuss die Prüfungskommission ein.
- (2) Der Promotionsausschuss bestellt eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden, die bzw. der nicht dem Personenkreis der Betreuenden oder Begutachtenden zugehörig ist.
- (3) Die Prüfungskommission setzt sich zusammen aus:
 - a) der bzw. dem Vorsitzenden;
 - b) allen Gutachterinnen bzw. Gutachtern der Dissertation;
 - c) der Betreuerin bzw. dem Betreuer und ggf. der Zweitbetreuerin bzw. dem Zweitbetreuer;
 - d) zwei weiteren professoralen Mitgliedern des Promotionszentrums, die nicht dem Personenkreis der Betreuenden oder Begutachtenden zugehörig ist.
- (4) Die Prüfungskommission führt die Disputation durch, bewertet sie und ermittelt die Gesamtnote. Sie entscheidet, ob die Disputation zu wiederholen ist und legt die Auflagen für die Veröffentlichung der Dissertation und die Frist für ihre Erfüllung fest.

§ 16 Disputation

- (1) Die mündliche Prüfung erfolgt für jede Doktorandin bzw. jeden Doktorand als Einzelprüfung durch die Prüfungskommission in Form der Disputation.
- (2) Die Disputation ist hochschulöffentlich für die Partnerhochschulen; der Termin wird mindestens zwei Wochen vorher den Mitgliedern des Promotionszentrums bekannt gegeben.
- (3) Die Disputation wird von der bzw. dem Vorsitzenden der Prüfungskommission geleitet.
- (4) Über Verlauf, wesentliche Inhalte und Ergebnis der Prüfung wird von der bzw. von dem Vorsitzenden ein Protokoll angefertigt, welches bei den Akten des Promotionsausschusses verbleibt.
- (5) Zu dieser Prüfung werden die Doktorandin bzw. der Doktorand und die Mitglieder der Prüfungskommission mindestens zwei Wochen vorher persönlich eingeladen.
- (6) Zum festgesetzten Prüfungstermin hält die Doktorandin bzw. der Doktorand vor Beginn der Disputation einen hochschulöffentlichen Vortrag über ihre bzw. seine Dissertation oder ein von ihr bzw. ihm gewähltes Thema aus dem Bereich der Dissertation; die Dauer des Vortrages soll 30 Minuten nicht überschreiten.
- (7) In der Disputation wird die Dissertation vor der Prüfungskommission hochschulöffentlich für alle Partnerhochschulen verteidigt. Die Disputation diskutiert den Inhalt der Dissertation, bezieht die Gutachten mit ein und erstreckt sich darüber hinaus auf von der Dissertation tangierte Probleme der mit der Fachrichtung des Promotionszentrums befassten Wissenschaften. Die aktive Teilnahme an der Diskussion mit der Doktorandin bzw. dem Doktoranden obliegt den Mitgliedern der Prüfungskommission. Ein zusätzliches Frage- und Erwiderungsrecht haben die persönlich eingeladenen Personen nach Abs. (5). Die Disputation dauert in der Regel zwischen 60 und 90 Minuten.
- (8) Der hochschulöffentliche Vortrag und die Disputation können im Falle der Einreichung einer fremdsprachlichen Dissertation in der entsprechenden Sprache erfolgen, falls der Promotionsausschuss dem zugestimmt hat. Im Falle einer fremdsprachigen Disputation ist das Protokoll auch in einer deutschsprachigen

Fassung anzufertigen.

- (9) Bei der Bewertung der Disputation sind die in § 13 Abs. (1) genannten Noten zu vergeben. Jedes Mitglied der Prüfungskommission vergibt eine Note. Die Gesamtnote der Disputation berechnet sich aus dem arithmetischen Mittel der von den Mitgliedern der Prüfungskommission vergebenen Einzelnoten. Ergeben sich bei der Durchschnittsberechnung Bruchteile, so wird bei Werten ab 0,6 die schlechtere Note vergeben. Bestanden ist die Disputation, wenn die Gesamtnote von mindestens 3 erreicht ist. Über die Note der Disputation wird nichtöffentlich beraten.
- (10) Kann die Disputation von der Doktorandin bzw. vom Doktoranden aus Gründen, die Doktorandin bzw. der Doktorand zu vertreten hat, nicht durchgeführt werden oder erklärt sie bzw. er seinen Verzicht auf die Disputation, so ist diese nicht bestanden.
- (11) Bei nicht bestandener Disputation kann nur diese auf Antrag der Doktorandin bzw. des Doktoranden wiederholt werden. Die Wiederholung kann nur einmal versucht werden, und zwar frühestens drei Monate, spätestens ein Jahr nach der nicht bestandenen Disputation. In besonderen Fällen kann die Frist auf Antrag der Doktorandin bzw. des Doktoranden verlängert werden. Für die Wiederholung bestätigt der Promotionsausschuss die Prüfungskommission oder setzt gem. § 14 eine neu besetzte Prüfungskommission ein. Wird oder gilt die Disputation erneut als nicht bestanden, so ist das Promotionsverfahren erfolglos abgeschlossen.

§ 17 Gesamturteil

- (1) Unmittelbar nach der Disputation entscheidet die Prüfungskommission in nichtöffentlicher Sitzung über das Ergebnis der Disputation und setzt, sofern diese bestanden ist, auf der Grundlage der Gutachten und Leistungen in der Disputation das Gesamturteil der Promotion fest.
- (2) Sowohl die Dissertation als auch die Disputation müssen für sich jeweils mit mindestens der Note 3 bestanden sein.
- (3) Die Gesamtnote setzt sich aus der Note für die Dissertation und der Note der Disputation zusammen, wobei die Note der Dissertation mit 75% gewichtet wird und die Note der Disputation mit 25%. Ergeben sich bei der Durchschnittsberechnung Bruchteile, so wird bei Werten ab 0,6 die schlechtere Note vergeben. Die Gesamtnote summa cum laude wird nur vergeben, wenn als Einzelnoten ausschließlich summa cum laude vergeben wurde. Bestanden ist die Gesamtleistung, wenn die Gesamtnote von mindestens 3 erreicht ist. Es sind die Bewertungen:
- summa cum laude - entspricht einer herausragenden, ausgezeichneten Leistung (0),
 - magna cum laude - entspricht einer sehr guten Leistung (1),
 - cum laude - entspricht einer guten Leistung (2),
 - rite - entspricht einer genügenden Leistung (3)
- vorgesehen.
- (4) Die Prüfungskommission legt auf Grund der Gutachten schriftlich fest, ob und gegebenenfalls welche Auflagen für die Veröffentlichung der Dissertation zu erfüllen sind. Auflagen können Korrektur-, Straffungs- oder kleinere Überarbeitungsanweisungen sein.

- (5) Im Anschluss an die Disputation teilt die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende der Doktorandin bzw. dem Doktoranden das Ergebnis der Disputation sowie das Gesamturteil und gegebenenfalls die Auflagen für die Veröffentlichung mit und weist darauf hin, dass das Recht zur Führung des Doktorgrades erst nach Vollzug der Promotion gem. § 21 beginnt. Damit ist das Promotionsverfahren abgeschlossen. Immatrikulierte Doktorandinnen bzw. Doktoranden werden mit dem Ende des Semesters, in dem das Gesamturteil mitgeteilt wurde, exmatrikuliert.
- (6) Der Promotionsausschuss informiert die Partnerhochschule, der die Doktorandin bzw. der Doktorand zugehörig ist, über den Abschluss des Promotionsverfahrens und veranlasst den Vollzug der Promotion gem. § 21.

§ 18 Wiederholung des Promotionsversuches

- (1) Ist der erste Versuch einer Promotion gescheitert, so ist eine erneute Bewerbung unter Vorlage einer neuen Dissertation nur einmal möglich, und zwar frühestens nach Ablauf eines Jahres.
- (2) Sind die Promotionsleistungen durch Nichterfüllung der Einlieferungspflicht oder durch andere Verstöße gegen diese Promotionsordnung hinfällig geworden, so entscheidet der Promotionsausschuss, ob und unter welchen Bedingungen die Promotion wiederholt werden kann.

§ 19 Prüfungsakten

Die Prüfungsakten sind vertraulich und werden vom Promotionszentrum und als Duplikat bei der Partnerhochschule aufbewahrt, die den Vollzug der Promotion gem. § 21 vornimmt.

§ 20 Veröffentlichung der Dissertation

- (1) Nach bestandener Prüfung hat die Doktorandin bzw. der Doktorand die Dissertation unter Berücksichtigung der Auflagen der Prüfungskommission zu veröffentlichen; die zu veröffentlichende Fassung ist von der bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses zu genehmigen. Werden die Auflagen nicht erfüllt, gilt die Promotion als gescheitert.
- (2) Die Publikation ist als Dissertation der Partnerhochschule, die die Promotion vollzieht, und des Promotionszentrums zu kennzeichnen.
- (3) Erfolgt die Veröffentlichung nach Zustimmung durch den Promotionsausschuss in erweiterter oder gekürzter Fassung oder nur auszugsweise, so ist dies ausdrücklich zu vermerken.
- (4) Die Doktorandin bzw. der Doktorand ist verpflichtet, der Bibliothek der Hochschule, der sie bzw. er zugehört, innerhalb eines Jahres nach der Disputation die erforderliche Anzahl von Pflichtexemplaren der Dissertation gem. Abs. (5) abzuliefern. Die ordnungsgemäße Ablieferung der Pflichtexemplare wird der Doktorandin bzw. dem Doktoranden von der Bibliothek bestätigt. Die Bestätigung ist der Vorsitzenden bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses auszuhändigen. Die Einlieferungsfrist kann in begründeten Fällen durch den Promotionsausschuss auf rechtzeitigen Antrag um ein Jahr verlängert werden.
- (5) Die Ablieferung der Pflichtexemplare ist in folgender Form möglich:
 - Ablieferung einer elektronischen Version auf einem dauerhaften Datenträger

sowie sechs haltbar gebundener Exemplare auf alterungsbeständigem Papier. Die elektronische Version wird auf dem Hochschulpublikationsserver der Hochschule, der die Erstbetreuerin bzw. der Erstbetreuer angehört, veröffentlicht. Die anderen Bibliotheken der am Promotionszentrum beteiligten Hochschulen erhalten darauf einen elektronischen Zugriff. Die elektronische Version muss eine Zusammenfassung in deutscher und englischer Sprache enthalten. Die Doktorandin bzw. der Doktorand muss die Übereinstimmung der elektronischen Version mit der angenommenen Dissertation versichern. Datenformat und Datenträger sind mit der Bibliothek abzustimmen, welche die abgelieferte Version auf Lesbarkeit und Übereinstimmung mit den geforderten Vorgaben überprüft. Der Bibliothek der zugehörigen Hochschule wird, im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben, das Recht übertragen, weitere Kopien der Dissertation herzustellen und zu verbreiten bzw. in Datennetzen zur Verfügung zu stellen. Zudem wird ihr das Recht übertragen, die Zusammenfassung in bibliografischen Datenbanken zu verbreiten.

- Ablieferung von sechs Exemplaren, wenn die Veröffentlichung bei einem gewerblichen Verlag erfolgt, sofern eine Mindestauflage von 150 Exemplaren nachgewiesen wird, oder im Publishing-on-demand-Verfahren.
- Ablieferung von sechs Exemplaren, wenn die Veröffentlichung ganz oder teilweise in einer wissenschaftlichen Zeitschrift mit einer Mindestauflage von 150 Exemplaren oder in elektronischer Form erfolgt.
- In den Fällen gem. zweitem und drittem Spiegelstrich ist nach Möglichkeit der Bibliothek der zugehörigen Hochschule das Recht einer parallelen elektronischen Veröffentlichung auf dem Hochschulpublikationsserver einzuräumen.

Zusätzlich sind beim Promotionszentrum Pflichtexemplare in Form eines gebundenen Exemplars der Dissertation sowie einer elektronischen Version abzuliefern.

Weiterhin gestattet die Doktorandin bzw. der Doktorand die Übermittlung der Dissertation auf elektronischem Wege durch die Bibliothek der zugehörigen Hochschule an die DNB und räumt der DNB das einfache Recht ein, die Dissertation in einem elektronischen Archiv zu speichern, zu diesem Zweck zu vervielfältigen sowie erforderlichenfalls in ein speicherungsfähiges Format zu konvertieren. Zudem räumt die Doktorandin oder der Doktorand der DNB das einfache Recht ein, zum Zwecke der öffentlichen Zugänglichmachung, die Dissertation zu vervielfältigen und durch die Bereitstellung auf ihrem Server zu verbreiten sowie die Erfassung der bibliographischen Daten in Datenbanken zu ermöglichen.

- (6) Die Dissertation muss durch ein entsprechendes Titelblatt als solche gekennzeichnet sein. Auf dem Titelblatt sind
- das Thema der Dissertation,
 - der Name des Promotionszentrums,
 - die Namen der Partnerhochschulen,
 - der Name der Doktorandin bzw. des Doktoranden,
 - ihr bzw. sein früher erworbener akademischer Grad,
 - Titel, Namen und Zugehörigkeit der Betreuerinnen bzw. Betreuer,
 - Titel, Namen und Zugehörigkeit der Gutachterinnen bzw. Gutachter,

- Einreichungs- und Prüfungstermin,
 - Erscheinungsort und -jahr
- anzugeben.
- (7) Kommt die Doktorandin bzw. der Doktorand der Ablieferungsfrist trotz schriftlicher Nachfristsetzung mit Hinweis auf die Konsequenzen einer Nichterfüllung gemäß den vorstehenden Bestimmungen nicht nach, so gilt die Promotion als nicht bestanden.

§ 21 Vollzug der Promotion und Verleihung des Doktorgrades

- (1) Sobald die Pflichtexemplare der Dissertation eingeliefert sind, wird die Promotion durch Aushändigung oder Zustellung der Doktorurkunde an die Doktorandin bzw. den Doktoranden durch die Partnerhochschule vollzogen, der die Doktoranden bzw. der Doktorand zugehörig ist. Von diesem Zeitpunkt an ist die bzw. der nunmehr Promovierte berechtigt, den Doktorgrad zu führen.
- (2) Die Promotionsurkunde wird auf den Tag der Disputation datiert und dreifach ausgefertigt. Sie trägt die Unterschriften der bzw. des Vorsitzenden des Promotionsausschusses und der Präsidentin bzw. des Präsidenten der vollziehenden Partnerhochschule und wird mit dem Siegel der Hochschule versehen. Der Text der Urkunde lautet im Regelfall:
- Die Hochschule [Name] verleiht
während der Amtszeit der Präsidentinnen bzw. der Präsidenten [Name] und der und der bzw. des Vorsitzenden des Promotionsausschusses des Promotionszentrums Angewandte Informatik [Name]
durch diese Urkunde
[Anrede] [Name] geboren am [Datum] in [Ort]
den akademischen Grad der Doktorin der Naturwissenschaften bzw. Doktors der Naturwissenschaften nachdem sie bzw. er in ordnungsmäßigem Promotionsverfahren unter Betreuung durch
[Erstbetreuerin bzw. Erstbetreuer], und [Zweitbetreuerin bzw. Zweitbetreuer]
ihre bzw. seine durch [Erstgutachter/in] und Zweitgutachter/in] begutachtete Dissertation „[Titel der Dissertation]“ und durch die Disputation ihre bzw. seine wissenschaftliche Befähigung erwiesen hat.
Das Gesamturteil lautet [Note]
[Ort], [Datum]
Unterschrift [Präsidentin/Präsident], [Vorsitzende/Vorsitzender],
[Siegel].
- (3) Auf Antrag der Doktorandin bzw. des Doktoranden kann durch die Partnerhochschule, die die Promotion vollzogen hat, eine vorläufige befristete Bescheinigung über die Promotion aushändigt werden. Diese berechtigt nicht zum Führen des Doktorgrades.

§ 22 Versagung und Entziehung des Doktorgrades

- (1) Wird vor Aushändigung der Doktorurkunde festgestellt, dass wesentliche Bedingungen für die Zulassung der Promotion irrtümlich als gegeben angenommen worden sind oder dass die Bewerberin bzw. der Bewerber bei ihren bzw. seinen Leistungen im Promotionsverfahren eine Täuschung versucht oder verübt hat, wird der Vollzug der Promotion verweigert. Die Entscheidung

trifft der Promotionsausschuss.

- (2) Nach Aushändigung der Doktorurkunde regelt sich die Entziehung des Doktorgrades nach den landesrechtlichen Bestimmungen. Die Rückgabe der Doktorurkunde richtet sich nach den Bestimmungen des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes in der jeweils gültigen Fassung.
- (3) Vor der Entscheidung über die Versagung oder Entziehung des Doktorgrades ist der Betroffenen bzw. dem Betroffenen Gelegenheit zu geben, sich innerhalb einer angemessenen Frist zu den erhobenen Vorwürfen zu äußern.

§ 23 Fortführungsregelung

Im Falle der Auflösung des Promotionszentrums oder des Ausscheidens von Betreuerin bzw. Betreuer aus dem Promotionszentrum können laufende Promotionsverfahren gem. den Bestimmungen dieser Promotionsordnung zu Ende geführt werden.

§ 24 Widerspruchsverfahren

Gegen Entscheidungen des Promotionsausschusses kann die Betroffene bzw. der Betroffene Widerspruch für laufende Verfahren beim Promotionsausschuss oder bei der Präsidentin bzw. beim Präsidenten der Hochschule erheben, die für den Vollzug der Promotion zuständig ist. Hilft der Promotionsausschuss des Promotionszentrums dem Widerspruch nicht ab, leitet er ihn unverzüglich unter Angabe des Sachverhaltes, der Ablehnungsgründe und eines Verfahrensvorschlags an die Präsidentin bzw. den Präsidenten der Hochschule, die für den Vollzug der Promotion zuständig ist, weiter. Die Präsidentin bzw. der Präsident dieser Hochschule erlässt den Widerspruchsbescheid.

§ 25 Inkrafttreten

Diese Promotionsordnung tritt am Tag nach der letzten Veröffentlichung in den Veröffentlichungsorganen der beteiligten Hochschulen in Kraft.

[Ort], [Datum]

Prof. Dr. Ralph Stengler
Präsident Hochschule Darmstadt

[Ort], [Datum]

Prof. Dr. Frank E.P. Dievernich
Präsident Frankfurt University of Applied Sciences

[Ort], [Datum]

Prof. Dr. Karim Khakzar
Präsident Hochschule Fulda

[Ort], [Datum]

Prof. Dr. Detlev Reymann
Präsident RheinMain

**Satzung des hochschulübergreifenden Promotionszentrums
Angewandte Informatik der hessischen Hochschulen für
Angewandte Wissenschaften Hochschule Darmstadt, Frankfurt
University of Applied Sciences, Hochschule Fulda und Hochschule
RheinMain**

Die Senate der beteiligten Hochschulen haben gemäß § 47 S. 3 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) in der Fassung vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz am 30. November 2015 (GVBl. I S. 510), in ihrer jeweiligen Sitzung dieser Satzung zugestimmt, die gemäß § 37 Absatz 5 HHG vom Präsidium der jeweiligen Hochschule beschlossen wurde:

- an der Hochschule Darmstadt in der Senatssitzung vom 24. Januar 2017 beschlossen und vom Präsidium am 28. März 2017 genehmigt;
- an der Frankfurt University of Applied Sciences in der Senatssitzung vom 22. Februar 2017 beschlossen und vom Präsidium am 2. Mai 2017 genehmigt;
- an der Hochschule Fulda in der Senatssitzung vom 8. Februar 2017 beschlossen und vom Präsidium am 9. Februar 2017 genehmigt;
- an der Hochschule RheinMain in der Senatssitzung vom 7. Februar 2017 beschlossen und vom Präsidium am 14. Februar 2017 genehmigt.

Präambel

Die hessischen Hochschulen für Angewandte Wissenschaften Hochschule Darmstadt, Frankfurt University of Applied Sciences, Hochschule Fulda und Hochschule RheinMain (nachfolgend Partnerhochschulen genannt) gründen gemeinsam das hochschulübergreifende Promotionszentrum Angewandte Informatik. Es wird 2017 eingerichtet. Das Promotionszentrum dient als Vernetzungsplattform zur Bündelung von Forschungsstärke im Rahmen der Erlangung des eigenen Promotionsrechts der jeweiligen Partnerhochschulen für diese Fachrichtung und ermöglicht hochschulübergreifende Zusammenarbeit, sodass Promovierenden in dieser Fachrichtung ein geeignetes wissenschaftliches Umfeld geboten wird. Hierfür arbeiten die Mitglieder des Promotionszentrums gemäß dessen Promotionsordnung zusammen. Das Promotionsrecht für diese Fachrichtung ist jeder der beteiligten Hochschulen verliehen.

§ 1 Name, Rechtsstellung, Zweck und Sitz

- (1) Das Promotionszentrum Angewandte Informatik ist eine gemeinsame hochschulübergreifende zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Partnerhochschulen gemäß § 47 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG).
- (2) Die Einrichtung führt den Namen „Promotionszentrum Angewandte Informatik“.
- (3) Das hochschulübergreifende Promotionszentrum ist eine Plattform zur Bündelung von Forschungsstärke im Rahmen der Erlangung des eigenen Promotionsrechts der jeweiligen Partnerhochschulen für die Fachrichtung Angewandte Informatik, Informations- und Kommunikationstechnologien gem. § 4 Abs. 3 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG).
- (4) Der Sitz des Zentrums wird vom Beirat des Promotionszentrums einstimmig festgelegt. In der Gründungsphase ist es die Hochschule Darmstadt, die dafür die

Aufgabe der Geschäftsstelle des Promotionszentrums übernimmt. Danach ist die Rotation des Sitzes zwischen den beteiligten Hochschulen beabsichtigt.

(5) Das Geschäftsjahr des Zentrums ist das Kalenderjahr.

§ 2 Aufgabe des Promotionszentrums

Aufgabe des Promotionszentrums ist die Organisation und Durchführung von Promotionen in der genannten Fachrichtung, soweit nicht andere Einheiten der Partnerhochschulen originär hierfür zuständig sind. Dies umfasst insbesondere:

- die Bereitstellung eines Angebots zur Beratung in Zusammenarbeit mit den Partnerhochschulen;
- die Abwicklung von Promotionsverfahren gemäß der Promotionsordnung;
- die Beratung und Unterstützung bei der Bereitstellung eines fachlichen Angebots zur Vermittlung von Kompetenzen und Qualifikationen für Doktorandinnen und Doktoranden in Zusammenarbeit mit den Partnerhochschulen;
- die wissenschaftliche Ausbildung und Förderung der Doktorandinnen bzw. Doktoranden in dieser Fachrichtung;
- die fachliche Entwicklung und Organisation von Unterstützungsangeboten für Professorinnen und Professoren, die Promotionen betreuen oder begutachten;
- die Unterstützung von eingerichteten Graduiertenschulen, Graduiertenkollegs, Promotionsprogrammen oder ähnlichen Einrichtungen.

§ 3 Aufgabe der Partnerhochschulen

Aufgabe der Partnerhochschulen ist die Unterstützung des Promotionszentrums und die administrative und institutionelle Betreuung der ihnen zugehörigen Doktorandinnen bzw. eines Doktoranden vor Ort. Dies umfasst insbesondere:

- die Zurverfügungstellung der erforderlichen Ressourcen für die Durchführung der Forschungsarbeiten einer Doktorandin bzw. eines Doktoranden sowie die entsprechende Bestätigung für das Annahmegesuch; gleichzeitig können die Doktoranden ebenso die Ressourcen der Partnerhochschulen mitnutzen;
- die Mitwirkung an der Bereitstellung und die lokale Durchführung eines Angebots zur Beratung in Zusammenarbeit mit dem Promotionszentrum;
- die Vornahme der Immatrikulation der Doktorandinnen und Doktoranden;
- die Ermöglichung der Teilnahme am Angebot promotionsbegleitender Studien an den Partnerhochschulen;
- die Mitwirkung an der Entwicklung und die Bereitstellung eines spezifischen Angebots zur Vermittlung von Kompetenzen und Qualifikationen für Doktorandinnen und Doktoranden in Zusammenarbeit mit dem Promotionszentrum;
- die Unterstützung der Professorinnen und Professoren, die Promotionen betreuen oder begutachten;
- die organisatorische Abwicklung gemäß Promotionsverfahren;
- die Entgegennahme der Dissertation zur Veröffentlichung;
- den Vollzug der Promotion und Verleihung des akademischen Grades.

Die Zugehörigkeit einer Doktorandin bzw. eines Doktoranden zu einer Partnerhochschule ergibt sich aus der Zugehörigkeit der Erstbetreuerin bzw. des

Erstbetreuers zu einer der Partnerhochschulen. Im Falle der Betreuung durch ein professorales Mitglied des Promotionszentrums, das einer anderer Hochschule als der am Promotionszentrum beteiligten Hochschulen angehört, ergibt sich die Zugehörigkeit einer Doktorandin bzw. eines Doktoranden aus der Zugehörigkeit des Zweitbetreuers zu einer der Partnerhochschulen.

§ 4 Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des Promotionszentrums sind:
 - Professorinnen bzw. Professoren der am Promotionszentrum beteiligten oder anderer Hochschulen, die die Kriterien für den Nachweis ausreichender Forschungsstärke für die Bewilligung des eigenen Promotionsrechts für forschungsstarke Bereiche erfüllen und zugelassen wurden. Diese professoralen Mitglieder des Zentrums wählen die Zentrumsleitung gem. § 7 Abs. (1);
 - die mit der Geschäftsstellenführung betrauten Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Partnerhochschule, die die Geschäftsstellenführung des Promotionszentrums innehat;
 - die Doktorandinnen und Doktoranden des Promotionszentrums.
- (2) Die Mitglieder haben das Recht und die Pflicht, an der Erfüllung der Aufgaben des Promotionszentrums mitzuwirken und sich an dessen Selbstverwaltung im Rahmen dieser Satzung zu beteiligen.
- (3) Die Mitgliedschaft endet, wenn die Zentrumsleitung die Zulassung entzieht oder ein Mitglied sein Ausscheiden beantragt.

§ 5 Organe

- (1) Die Organe des Promotionszentrums sind:
 - der Mitgliedsrat (§ 6);
 - die Zentrumsleitung (§ 7);
 - der Beirat (§ 8).
- (2) Auf Beschluss der Zentrumsleitung können weitere organisatorische Einheiten, insbesondere Ausschüsse und Kommissionen, zur Erfüllung der Aufgaben des Promotionszentrums eingerichtet werden.

§ 6 Mitgliedsrat

- (1) Die Mitglieder nach § 4 Abs. (1) bilden den Mitgliedsrat. Diesem gehören die Mitglieder gem. erstem Spiegelstrich an, die nicht Mitglieder der Zentrumsleitung sein sollen, sowie jeweils ein Mitglied gem. § 4 Abs. (1) zweiter Spiegelstrich und jeweils ein Mitglied von jeder Partnerhochschule gem. § 4 Abs. (1) dritter Spiegelstrich an. Die Wahl der letztgenannten Vertreter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Promotionszentrums sowie der Doktorandinnen und Doktoranden wird von jeder der Partnerhochschulen vorgenommen aus dem Kreis der ihr zugehörigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Promotionszentrums sowie der Doktorandinnen und Doktoranden.
- (2) Der Mitgliedsrat tagt mindestens einmal im Jahr und wird von der Zentrumsleitung einberufen. Eine außerordentliche Sitzung des Mitgliedsrats kann von der Zentrumsleitung oder vom Beirat im Bedarfsfall oder auf schriftlichen Antrag von

mindestens einem Drittel der Mitglieder einberufen werden.

- (3) Die Sitzungen des Mitgliedsrats sind für alle Mitglieder des Promotionszentrums öffentlich.
- (4) Die Einladung zur Sitzung des Mitgliedsrats ist den Mitgliedern unter Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung mindestens vier Wochen vorher schriftlich zu übersenden. Bei außerordentlichen Mitgliedsratssitzungen verkürzt sich die Frist auf eine Woche.
- (5) Der Mitgliedsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse kommen mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder zustande. Stimmenthaltungen gelten als Neinstimmen.
- (6) Der Mitgliedsrat nimmt den Rechenschaftsbericht der Zentrumsleitung entgegen und berät darüber. Des Weiteren gibt er Empfehlungen zur Entwicklung des Zentrums.
- (7) Über die Sitzung des Mitgliedsrats wird eine Niederschrift geführt, die von der Zentrumsleitung zu unterzeichnen und vom Mitgliedsrat zu genehmigen ist. Die Niederschrift soll den Gang der Sitzung und die gefassten Beschlüsse festhalten.

§ 7 Zentrumsleitung

- (1) Die professoralen Mitglieder gem. § 4 Abs. (1) erster Spiegelstrich des Zentrums wählen das Leitungsgremien (Zentrumsleitung) aus ihrer Mitte in der Regel für die Dauer von drei Jahren. Von jeder Partnerhochschule wird ein Mitglied gewählt, das vom jeweiligen Präsidium bestätigt wird. Die professoralen Mitglieder des Zentrums gemäß § 4 Abs. (1) erster Spiegelstrich sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte anwesend ist. Entscheidungen über die jeweilige Wahl kommen mit der Mehrheit der Stimmen zustande. Stimmenthaltungen gelten als Neinstimmen. Wiederwahl ist möglich. Kommt eine Wahl nicht zu Stande, ernennt das Präsidium der jeweiligen Hochschule kommissarisch das jeweilige Mitglied der Zentrumsleitung aus der Gruppe der professoralen Mitglieder gem. § 4 Abs. (1) erster Spiegelstrich.
- (2) Jedes Mitglied der Zentrumsleitung kann als Vertreterin bzw. Vertreter des Promotionszentrums zur lokalen Interessenvertretung und Vernetzung in der eigenen Hochschule von der Zentrumsleitung entsendet werden. Alternativ kann die Zentrumsleitung ein anderes professorales Mitglied des Promotionszentrums mit dieser Aufgabe betrauen.
- (3) Die Leitung des Promotionszentrums kann sich eine Geschäftsordnung geben.
- (4) Die Zentrumsleitung ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse kommen mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder zustande. Stimmenthaltungen gelten als Neinstimmen.
- (5) Die Mitglieder der Zentrumsleitung wählen aus ihrem Kreis eine Sprecherin bzw. einen Sprecher des Promotionszentrums und eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter in der Regel für die Dauer von drei Jahren. Dabei soll, wenn möglich, berücksichtigt werden, dass diese Funktion zwischen den Partnerhochschulen in der Regel rotierend besetzt wird.
- (6) Die Sprecherin bzw. der Sprecher vertritt das Promotionszentrum in seinen wissenschaftlichen Angelegenheiten nach innen und außen.
- (7) Die Sprecherin bzw. der Sprecher führt die Geschäfte des Promotionszentrums und setzt mithilfe der Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Geschäftsstelle des

Promotionszentrums oder einer mit konkreten Aufgaben betrauten Person die Aufgaben des Promotionszentrums um.

- (8) Zu den Aufgaben der Zentrumsleitung zählen insbesondere
- die Erstellung und den Beschluss eines jährlichen Wirtschaftsplans für den Betrieb des Zentrums für die Aufstellung des Kostenbedarfs zur Beantragung der finanziellen Mittel oder räumlichen Ressourcen über den Beirat;
 - die Weiterentwicklung der Promotionsordnung;
 - die organisatorische Ermöglichung der Ausübung des Promotionsrechts der Partnerhochschulen;
 - die Zulassung von Professorinnen und Professoren, die die Aufnahme beantragt haben und die Kriterien für den Nachweis der erforderlichen Forschungsstärke erfüllen; die Zulassung erfolgt im Einvernehmen sowie nach schriftlicher Zustimmung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst;
 - die Koordination mit dem Promotionsausschuss;
 - die Beratung und Unterstützung bei der Entwicklung des fachlichen Veranstaltungsangebots für Promovierende und Mitwirkung an der Realisierung;
 - die Weiterentwicklung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses des Promotionszentrums;
 - die Entwicklung und Sicherung von Qualitätsstandards;
 - die Außendarstellung des Promotionszentrums, wobei § 38 Abs. 1 S. 1 HHG unberührt bleibt;
 - die Erfüllung der jährlichen Berichtspflicht (Finanz- und Sachbericht) gegenüber dem Mitgliedsrat und dem Beirat des Promotionszentrums;
 - die Kooperation mit der Geschäftsstelle des Promotionszentrums und den beteiligten Fachbereichen, Einrichtungen und Abteilungen der Partnerhochschulen.
- (9) Die Zentrumsleitung berichtet dem Beirat schriftlich über Beschlüsse, Entscheidungen und Vorhabenplanungen, die finanzielle und personelle Maßnahmen und Entscheidungen betreffen und/oder von grundsätzlicher und/oder strategischer Bedeutung sind und räumt dem Beirat eine angemessene Reaktionsfrist für eine Entscheidung gem. § 8 ein.

§ 8 Beirat

- (1) Dem Beirat gehören die jeweiligen Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten für Forschung und Entwicklung der Partnerhochschulen an. Bei Bedarf können die jeweiligen Dekaninnen bzw. Dekane oder Prodekaninnen bzw. Prodekane aus den einschlägigen Fachbereichen beratend hinzugezogen werden.
- (2) Der Beirat tagt mindestens zweimal im Jahr. Er hat grundsätzlich eine beratende und empfehlende Funktion und genehmigt den Wirtschaftsplan gem. den Regelungen des Kooperationsvertrags des Zentrums, wobei bei über den Wirtschaftsplan hinausgehende anfallenden finanziellen oder personellen Bedarfen und Entscheidungen der Beirat entscheidet. Die Zentrumsleitung ist hier an die Beschlüsse und Entscheidungen des Beirats gebunden.
- (3) Bezüglich anderer Maßnahmen und Entscheidungen der Zentrumsleitung mit grundsätzlicher und/oder strategischer Bedeutung und Entscheidungen betreffen,

besitzt der Beirat ein Vetorecht. In diesen Fällen ist eine einvernehmliche Lösung mit der Zentrumsleitung herbeizuführen. Sollte dies nicht möglich sein, entscheidet die Mehrheit der Mitglieder der Zentrumsleitung und des Beirats. In diesen Fällen liegt eine Beschlussfähigkeit vor, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder der Zentrumsleitung und zwei Drittel der Mitglieder des Beirats anwesend sind.

- (4) Der Beirat entscheidet nach der Gründungsphase über den Sitz des Promotionszentrums gem. § 1 Abs. (4).
- (5) Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse kommen mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder zustande. Stimmenthaltungen gelten als Neinstimmen.
- (6) Die Sprecherin bzw. der Sprecher der Zentrumsleitung gehört dem Beirat mit beratender Stimme an, ebenso wie eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Geschäftsstelle und eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Doktorandinnen bzw. der Doktoranden gem. § 6 Abs. (1).

§ 9 Aufgabe der Geschäftsstelle

Die Aufgabe der Geschäftsstelle ist die Zusammenarbeit mit und Unterstützung der Zentrumsleitung sowie die Vorbereitung und Durchführung der Beschlüsse des Promotionsausschusses.

§ 10 Auflösung, Fortführungsregelung, Kündigung

- (1) Nach Stellungnahmen der Zentrumsleitung, des Mitgliedsrats und des Beirats können die Präsidien der Partnerhochschulen einvernehmlich das Zentrum gemäß den Bestimmungen des Hessischen Hochschulgesetzes auflösen.
- (2) Im Falle der Auflösung des Promotionszentrums oder des Ausscheidens der Betreuerin bzw. des Betreuers aus dem Promotionszentrum sollen laufende Promotionsverfahren zu Ende geführt werden. Weiteres regelt die Promotionsordnung.
- (3) Jede Partnerhochschule kann schriftlich mit einer Frist von zwölf Monaten den Austritt aus dem Zentrum erklären.

§ 11 Finanzierung

Das Promotionszentrum finanziert sich durch:

- Mittel der Partnerhochschulen;
- für die Aufgaben des Zentrums eingeworbene oder vorhandene Dritt-, Bundes- oder Landesmittel;
- Spenden.

Das Nähere regelt der Kooperationsvertrag zwischen den Partnerhochschulen.

§ 12 Beitritt

Ein Beitritt weiterer Hochschulen ist möglich.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach der letzten Veröffentlichung in den Veröffentlichungsorganen der beteiligten Hochschulen in Kraft.

[Ort], [Datum]

Prof. Dr. Ralph Stengler
Präsident Hochschule Darmstadt

[Ort], [Datum]

Prof. Dr. Frank E.P. Dievernich
Präsident Frankfurt University of Applied Sciences

[Ort], [Datum]

Prof. Dr. Karim Khakzar
Präsident Hochschule Fulda

[Ort], [Datum]

Prof. Dr. Detlev Reymann
Präsident Hochschule RheinMain